

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/34

Bonn, den 19. Februar 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	W E U	36

Nach dem Pariser Paukenschlag
Klare Position in Bonn

1 a	<u>Bewußte Selbstisolierung?</u>	40
-----	----------------------------------	----

Überlegungen zur WEU-Krise aus der Sicht Frankreichs
Von Georg Scheuer, Paris

2 - 3	<u>Holtzoff läutet Endspurt ein</u>	68
-------	-------------------------------------	----

Der NRW-Förderungsplan für Leistungssport

4 - 5	<u>Folgen des Ausnahmezustandes</u>	95
-------	-------------------------------------	----

Wachsende Streikwelle in Spanien

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG brängt heute:

Wetters: Ohne Selbstaufgabe dem Frieden dienen
Rehs in London und Dublin
Gesamtdeutsches Bewußtsein stärken
Ebert und das Selbstbestimmungsrecht
Sondernummer über Breslau
Föderalismus Teil des Prager Reformkurses
Für Ungarn wichtigster westlicher Handelspartner
Kritik an östlicher Autoproduktion

W E U

Nach dem Pariser Paukenschlag
Klare Position in Bonn

sp - Der Pariser Paukenschlag im europäischen Konzert hat in der westlichen Welt zum Teil Erstaunen, zum Teil Verärgerung hervorgerufen. In den Hauptstädten der kommunistischen Staaten gibt man unverhohlen seiner Freude darüber Ausdruck, daß de Gaulle weit davon entfernt ist, Europa die Möglichkeit zu bieten, endlich mit einer Stimme zu sprechen.

Die Bonner Position ist klar. Der Rat der WEU kann zu jeder beliebigen Zeit und zu jedem beliebigen Thema einberufen werden. Bisher bestand darüber bei allen WEU-Mitgliedern völliges Einvernehmen. Diese Haltung ist auch logisch, denn man kann nicht erst über die Einberufung einer Sitzung eine Abstimmung veranstalten. Dies geschieht nicht einmal im Sicherheitsrat der UNO. Ein Veto kann auch dort immer nur während einer Sitzung abgegeben werden. Im vorliegenden Falle - der WEU-Krise - sind sich alle Beteiligten, außer Frankreich, in diesem Grundsatz einig.

- * In Paris wird man sich darüber klar sein müssen, daß die nun schon
- * seit geraumer Zeit immer wieder gegen die europäische Zusammenar-
- * beit unternommenen Aktionen, Frankreichs Position in der interna-
- * tionalen Politik kaum verbessern. Natürlich hat in der Bundesre-
- * publik niemand ein Interesse daran, daß die deutsch-französische
- * Zusammenarbeit, die auf vielen Ebenen recht gut funktioniert, ge-
- * fährdet wird. Man sollte aber auch in Paris daran denken, daß iso-
- * lierte Aktionen Frankreichs im Rahmen der europäischen Politik die
- * psychologischen Voraussetzungen beeinträchtigen, die gegeben sein
- * müssen, wenn die europäischen Völker bei Wahrung ihrer Eigenarten
- * zu einer tatsächlichen Gemeinschaft werden sollen.

Es war die Pflicht des französischen Botschafters, dem Bundeskanzler jene Argumente vorzutragen, die die französische Regierung nach deren Auffassung veranlaßt haben mögen, die WEU in die jetzige Lage zu bringen. Niemand würde aber dafür Verständnis haben, wenn die Bundesregierung ihre rechtlich und politisch klare Haltung aufgäbe, die sie in dieser Frage eingenommen hat. Über Verfahrensfragen kann man sich streiten und einigen, die politische Substanz der europäischen Zusammenarbeit aber muss erhalten bleiben.

+ + +

Bewußte Selbstisolierung?

Überlegungen zur WEU-Krise aus der Sicht Frankreichs

Von Georg Scheuer, Paris

Politische Beobachter der Seine-Metropole entnehmen aus der neuen Krise zwischen Paris und London, wenige Tage vor Nixons Euro-
pareise, daß General de Gaulle seinen außenpolitischen Kurs grund-
sätzlich beibehält und bestimmte Akzente sogar noch schärfer setzt.
Die Existenz der Westeuropäischen Union wird durch die harte fran-
zösische Stellungnahme infrage gestellt. Warnend machen politische
Kreise die französische Regierung darauf aufmerksam, daß sich
Paris auf diese Weise wieder in eine Selbstisolierung begibt und au-
ßerdem mit dem Verschwinden der WEU für die deutsche Bundesrepublik
das Atomwaffenverbot wegfiere. Diese Warnungen stoßen aber derzeit
im Elysee auf eine Mauer der Verbitterung gegen Großbritannien. Ei-
ne zeitlang wurde angenommen, wirtschaftliche, finanzielle und innen-
politische Schwierigkeiten könnten in Paris zu außenpolitischen Maß-
nahmen führen. Das war eine Täuschung.

Im vorliegenden Fall erscheinen sich die maßgebenden Kreise
Frankreichs in zweifacher Weise herausgefordert zu fühlen. Einer-
seits haben sie den Eindruck, London wolle auf dem Weg über die WEU
den seit langem angestrebten EWG-Beitritt gegen de Gaulles Willen
erzwingen. Andererseits empfindet man das Thema der letzten Londoner
WEU-Besprechung (Mittelmeer und Naher Osten) als "Einmischung" in
Angelegenheiten, die nach Pariser Auffassung in erster Linie Sache
der Mittelmeerländer sei (das sind von den EWG-Partnern nur Frank-
reich und Italien) und in zweiter Linie ein Problem der vier Groß-
mächte im Rahmen des Sicherheitsrates.

Auf beiden Ebenen hat die französische Diplomatie eine Reihe
von Aktionen eingeleitet. Fast alle Mittelmeeriänder werden kontak-
tiert, nicht nur die Araberstaaten, sondern auch Italien (Mission
Pompidou), Jugoslawien (Ministerpräsident Spiliac war kürzlich in
Paris) und Spanien (Debré in Madrid). Zugleich haben in New York
bilaterale Nahost-Gespräche zwischen den vier Großmächten begonnen.

Bonns ruhiges und sachliches Verhalten in dieser Krise dürf-
te letzten Endes auch in Paris die Erkenntnis reifen lassen, daß
Vetos und Boykott keine tauglichen Mittel sind. Entspannung und
Verständigung werden nur durch gemeinsame Anstrengungen, Ausspre-
chen und Zusammenarbeit möglich sein. Das ist hier in Paris der
vorherrschende Eindruck von allen Überlegungen zur Überwindung
der WEU-Krise.

+ + +

Holthoff läutet Endspurt ein

Der NRW-Förderungsplan für Leistungssport

Spr- In Nordrhein-Westfalen steht so etwas wie ein "Sportwunder" in voller Blüte. Erste Früchte will Kultusminister Fritz Holthoff im kommenden September ernten, wenn er in Duisburg als bundesdeutsche Uraufführung ein Landessportfest der Schulen startet. Es geht um den Leistungssport - um die Suche und Förderung von jungen Talenten. Der große Magnet ist die nächste Olympiade in München. Bis dahin, so glaubt Minister Holthoff, wird das nordrhein-westfälische Beispiel auch andere Bundesländer mitgezogen haben, damit aus dem Landes- ein Bundessportfest der Schulen als ständige Einrichtung werden kann.

Was der seit Jahren gelobte "Goldene Plan" nicht geschafft hat, machte im Düsseldorfer Kultusministerium ein schlichter Regierungsdirektor möglich. Sein Name - Friedel Schirmer - hat nicht nur unter den Zehnkämpfern in aller Welt einen guten Klang. Die von ihm geleitete "ministerielle Sportzentrale" hat zahlenmäßig - es gibt nur zwei Mitarbeiter - knappstes Miniformat. Aber sie erwies sich als zugkräftige Lokomotive, die bereits in vielen Schulen des Landes die Talentsucher in Bewegung setzte.

Kurz vor Jahresschluß hatte der SPD-Fraktionsvorsitzende Johannes Rau im Landtag erklärt: "Daß der Förderungsplan unseres Kultusministers vorzüglich und für alle Bundesländer vorbildlich ist, haben auch die aus Mexiko zurückgekehrten Sportler immer wieder betont." Waren es die im Lande entstehenden sportlichen Leistungszentren, die Hilfe der Regierung für den Einsatz von Übungsleitern, die "Spüraktionen" in den Schulen, die zu einem allgemeinen Aufschwung führen? Jedenfalls ist in Nordrhein-Westfalen auch die Zahl der Sportstudenten seit dem letzten Sommer sprunghaft gestiegen.

Minister Holthoff hat den Endspurt eingeläutet: In den Grund- wie in den allgemeinbildenden Schulen wird der systematische Aufbau der Leibesübungen verstärkt. Auch für die Pflichtberufsschulen - sie werden immerhin von 80 Prozent der Jugendlichen besucht! - soll die wöchentliche Sportstunde jetzt obligatorisch werden. Daß gerade hier in der Übergangszeit stark improvisiert werden muß, ist dem Kultusminister natürlich klar. Ein Beispiel für alle gab Friedel Schirmer: Bevor

die Sportstudenten der neuen Ruhr-Universität Bochum über den Mangel an Übungsstätten klagten, hatte er bereits in der Dortmunder Westfalenhalle ein Provisorium für sie erkundet und - unbürokratisch durch Abfahren der Strecke festgestellt, daß man sie per Autobus in 15 Minuten bewältigen kann.

Im einzelnen handelt es sich um folgende Maßnahmen:

- * In der Grundschule soll bereits vom 2. Schuljahr ab neben der täglichen halbstündigen Bewegungszeit eine wöchentliche Sportstunde treten, die in einem systematischen Aufbau der Leibesübungen einführt;
- * Vom 3. Schuljahr der allgemeinbildenden Schulen ab soll eine dritte Sportstunde wöchentlich nach den örtlichen Möglichkeiten eingerichtet werden.
- * In der Pflichtberufsschule, in der bislang obligatorischer Sportunterricht nicht erteilt wurde, sollen die Leibesübungen zunächst mit einer Wochenstunde verpflichtend eingeführt werden. Die Schulträger werden angehalten, Berufsschulbauten durch Turnhallen zu ergänzen oder bei Neubauten solche vorzusehen. Für die Übergangszeit wird empfohlen, die Sportstätten der Gemeinden und Vereine am Nachmittag zu benutzen.
- * Personeller und materieller Ausbau der Institute für Leibesübungen an den Universitäten und Hochschulen. Holthoff will die Gleichstellung des Faches Leibesübungen in der Lehrerbildung auch dadurch zum Ausdruck bringen, daß die Institutsdirektoren den Rang eines ordentlichen Professors erhalten.

Vor dem Landessportfest werden in Sportfesten der Schulen und Bezirke die besten Schüler und Mannschaften in den nachfolgenden Disziplinen nach Altersklassen ermittelt: Leichtathletik, Fußball, Kleinfeldhandball, Schwimmen, Turnen, Basketball, Volleyball und Rudern.

Holthoff erwartet von diesen sportlichen Spielen, daß durch das Vorbild hervorragender Leistungen für jeden Schüler der Ansporn gegeben ist, die eigene Leistungsfähigkeit bis zur Grenze des ihm Möglichen zu steigern. Er sagt: "Es ist nicht zu zweifeln, daß auch das sportliche Vereinsleben, dessen Vertreter Gäste beim Landessportfest der Schulen sein werden, davon profitiert."

Folgen des Ausnahmezustandes

Wachsende Streikwelle in Spanien

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Die Unzufriedenheit mit dem dreimonatigem Ausnahmezustand in Spanien hat nach einer Welle von Verhaftungen und Deportierungen jetzt auch die Arbeiterschaft erfaßt. Die Versuche des Franco-Stellvertreters Admiral Luis Carrero-Blanco, den Notstand vor dem Parlament zu rechtfertigen, täuschen nicht darüber hinweg, daß es unter der Oberfläche äußerlicher Ruhe gefährlich brodelt. Nur außergewöhnliche staatsmännische Klugheit und Mäßigung, nicht Intrigen oder Bauernschläue, können zur Beruhigung der gespannten Lage beitragen.

Die Pressezensur unterdrückt jeden Hinweis auf eine Streikbewegung, die Spaniens industrielle Ballungszentren umfaßt. Wie etwa zu Stalins Zeiten in Rußland erscheinen nur noch Kommuniqués, in denen die Arbeiter aufgerufen werden, im eigenen Interesse "den Verführer nicht zu folgen." Zwischen den Zeilen steht dann, was sich in Wirklichkeit abspielte.

Die Streikbewegung wurde von der im Untergrund aktiven sozialdemokratischen Gewerkschaftszentrale UGT im industriellen Ballungsraum von Groß-Barcelona am 31. Januar mit einem Langsamarbeitsstreik eingeleitet, der soziale Forderungen wie die finanzielle Besserstellung der Arbeitnehmer bezweckte, ohne den Ausnahmezustand auch nur zu erwähnen. Das Schwergewicht des Ausstandes wird von der UGT getragen, die in den Industriezonen des Baskenlandes und Kataloniens sowie in Asturien sehr stark ist, während dort die von Katholiken und Kommunisten beherrschten "Arbeiterkommissionen" kaum eine solche hervorragende Rolle spielen wie etwa in Madrid, wo von einer Streikbewegung kaum etwas zu sehen ist.

Wenigstens 30.000 Arbeiter befanden sich in den ersten Februar-Wochen im Ausstand, mindestens drei wichtige Industriebetriebe wurden dadurch lahmgelegt. In Asturien, dem traditionell sozialistischen Bergbaugebiet, in San Sebastian, in Barcelona, in Gava, in Bilbao und Umgebung protestierten die Arbeiter offen gegen den Ausnahmezustand, gegen die Einfrierung der Lohnerhöhungen, gegen das geplante neue Syndikatsgesetz, das nach ihrer Meinung den Arbeitnehmern weder eine unabhängige Position im Wirtschaftsleben sichert noch die alte Forderung der uneingeschränkten gewerkschaftlichen Organisationsfreiheit erfüllt. Die Streikkomitees verbreiteten auch die Nachricht, sieben sozialdemokratische Gewerkschafter seien durch die Polizei schwer mißhandelt worden. Auch im Madrider Gefängnis Carabanchel sollen wieder 12 politische Häftlinge in den Hungerstreik getreten sein.

Selbst manche Parteigänger der Regierung und des seit 30 Jahren fest im Sattel sitzenden Establishments von Militär oder Geistlichkeit, Geld- und Geburtsadel sehen sich mit einer Wirklichkeit konfrontiert, die sie nicht in Rechnung stellten. Sollte der Ausnahmezustand offiziell dazu dienen, die "Rebellennester" unter der spanischen Studenten-

schaft auszuräuchern und die "möglichen Reste des Marxismus" an Spaniens Hochschulen auszurotten, so erfaßt der passive Widerstand neuerdings auch die Arbeiterschaft, die angesichts der spanischen Sozialstruktur von den Studenten ganz grundverschiedene Ziele verfolgt. Nur das zahlenmäßig starke Kleinbürgertum, das stets zu den zuverlässigsten Stützen des Regimes zählt, ist mit den Maßnahmen der Regierung einverstanden.

Interessanterweise greift der Unwillen auch über in die Reihen der Falange und der Vertikalsyndikate. So konnte der Parlamentsabgeordnete und Leiter des Syndikatsorgans "Pueblo," Emilio Romero, mit einem gewissen ärgerlichen Unterton in seinem Blatte feststellen, allein die Ewigestrigen und die Feinde jeder politischen Auflockerung begrüßten uneingeschränkt den Ausnahmezustand. Mehr noch, er erklärte rundheraus, eine Rückkehr zu den politischen Zuständen während der Anfangszeit des Regimes sei heute schlechterdings unmöglich geworden. Damit stellte sich erstmals ein prominenter Falangist und erprobter Kämpfer der spanischen "Einheitsbewegung" in die Reihe jener Kritiker diesseits und jenseits der Pyrenäen, die den ausgerufenen Staatsnotstand als einen Rückfall in die Flegeljahre des Regimes bezeichneten.

Es wäre allerdings verfehlt und entspräche totaler Unkenntnis der spanischen Verhältnisse, würde man unterstellen, die heftige Kritik aus dem Ausland und das Unbehagen im Inneren würde die an den Schalthebeln der Macht sitzenden Spitzenfunktionäre des spanischen Staates auch nur irgendwie beeindrucken. Im Gegenteil - sie empfinden den jüngsten Debré-Besuch in Madrid als eine entscheidende Aufwertung des Franco-Regimes in einem der kritischsten Augenblicke nach Ende des Bürgerkrieges. Auch die Verleihung des Großen Bundesverdienstkreuzes mit Stern und Schulterband an Spaniens Informationsministers Manuel Fraga-Iribarne muß in Spanien die Staatsführung ermutigen, den bisher verfolgten harten Kurs beizubehalten in der sicheren Annahme, Spanien habe ohnehin die Eintrittskarte für die EWG in der Tasche, ohne dafür auch die geringste politische Konzession an die Verfechter einer repräsentativen Demokratie innerhalb und außerhalb Spaniens machen zu müssen. UNO-Sicherheitsratsmitglied Spanien fühlt sich in einer so starken Position, daß ausländische Kritik als "blödsinnige Nörgelei" abgetan werden kann. International ohne tatkräftige Schützenhilfe, fühlen sich die Regimegegner isoliert und auf verlorenem Posten. Das Triumphgefühl der Regierenden war wohl kaum zu einer Zeit nach 1939 stärker ausgeprägt als heute. Auch die Streikbewegung und das Unbehagen in weiten Teilen der spanischen Gesellschaft ändern diese Sachlage nicht im geringsten, seitdem im Umgang zwischen dem Sechser- und Spanienmachtpolitische Erwägungen vor moralischen Bedenken absoluten Vorrang genießen.

Spaniens strategischer Wert für den Westen mag gesunken sein, doch die Madrider Diplomatie versteht es virtuos, in Westeuropa das Interesse an den bestehenden Verhältnissen auf der Halbinsel wachzuhalten. Ein vom Militär geprägter Herrschaftsapparat hat es zuwege gebracht, sich der besten diplomatischen Talente meisterhaft zu bedienen. Schon fühlt sich Spanien als "junge und aufsteigende Macht," wie "Pueblo" nicht ohne Stolz versichert. Kritische Beobachter fürchten allerdings, die junge Macht stehe auf recht tönernen Füßen. Sie verweisen auf den Ausnahmezustand und seine bisher sichtbar gewordenen Folgen. Das muß auch außerhalb Spaniens zu denken geben.